

13/B

31. März 1982

I N H A L T

=====

DOKUMENTATION

Reagan fordert Sowjets zu gemeinsamer Abrüstung auf

- Pressekonferenz des US-Präsidenten vom 31. März 1982 -

WIRTSCHAFT

Das neue Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

in den USA

- Von A. H. Raskin -

HINTERGRUNDMATERIAL

USA hoffen auf Reformkurs in El Salvador nach starker Wahlbeteiligung

- Von unserem diplomatischen Korrespondenten -

USA streben Verbot chemischer Waffen an

13

31. März 1982

REAGAN FORDERT SOWJETS ZU GEMEINSAMER ABRÜSTUNG AUF
- Pressekonferenz des US-Präsidenten vom 31.März -

WASHINGTON - (AD) - Präsident Ronald Reagan hat auf einer Pressekonferenz am 31. März 1982 (Ortszeit) die Sowjetunion aufgefordert, sich den Vereinigten Staaten anzuschließen, "um die Kernwaffen wesentlich zu verringern und einen wichtigen Durchbruch zu einem dauerhaften Frieden auf Erden zu erreichen". Die Pressekonferenz in der Nacht zum 1. April, die von allen amerikanischen Rundfunk- und Fernsehstationen übertragen wurde, stand im Zeichen des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses. Reagan betonte, er strebe nach einem Abkommen mit den Sowjets, das "das Risiko eines Krieges verringert, den Stand der Rüstungen senkt und die weltweite Sicherheit fördert".

Nachfolgend die einleitende Erklärung des Präsidenten sowie der Wortlaut der Fragen und Antworten zu außenpolitischen Themen:

Zweimal in meinem Leben habe ich erfahren müssen, daß die Welt blind in Weltkriege gestürzt ist, die Millionen von unschuldigen Menschen unendliches

Menschen unendliches Leid zugefügt haben. Ich teile die heutige Entschlossenheit junger Menschen, daß sich eine solche Tragödie, die durch die monströs inhumanen Waffen in den nuklearen Arsenalen der Welt noch viel schrecklicher werden würde, niemals wiederholen darf.

Mein Ziel besteht darin, die Kernwaffen in dramatischem Umfange abzubauen, um einen dauerhaften Frieden und eine dauerhafte Sicherheit zu gewährleisten. Im November vorigen Jahres habe ich unsere Verpflichtung unterstrichen, in gutem Glauben um die Verringerung von nuklearen und konventionellen Waffen zu verhandeln. Ich habe den spezifischen Vorschlag gemacht, die nuklearen Mittelstreckensysteme völlig zu beseitigen. Wir bleiben diesen Zielen verpflichtet.

In Genf haben wir einen Vorschlag für einen Vertrag mit der Sowjetunion unterbreitet, in dem unsere Vorschläge niedergelegt sind. In Wien verhandeln wir zusammen mit unseren Verbündeten über Verringerungen der konventionellen Streitkräfte in Europa. Und hier in Washington stehen wir vor dem Abschluß der Vorbereitungen für Verhandlungen mit den Sowjets über eine Verringerung der strategischen Waffen.

Wir alle wissen aus früheren Erfahrungen nur zu gut, daß Verhandlungen mit der Sowjetunion sorgfältig vorbereitet sein müssen. Wir können es uns nicht leisten, Fehler der Vergangenheit zu wiederholen - hastig in einen Rüstungskontrollprozeß einzutreten, der große Hoffnungen erweckt, um dann mit Enttäuschungen zu enden.

In der vorigen Woche hat eine hervorragende Gruppe von Senatoren und Abgeordneten dem Senat und dem Repräsentantenhaus Resolutionen unterbreitet, in denen große verifizierbare Verringerungen der amerikanischen und sowjetischen Kernwaffen auf einen gleichen Stand der Stärke gefordert werden. Das ist ein wichtiger Schritt in der richtigen Richtung, und diese Punkte sind wesentliche Elemente eines wirklich wirksamen Rüstungskontrollabkommens - Elemente, die im Einklang mit den Auffassungen dieser Administration stehen.

Ich möchte

Ich möchte die Senatoren Jackson und Warner und den Abgeordneten Carney und all jene, die sich ihnen in dieser wichtigen Initiative angeschlossen haben, beglückwünschen. Ich habe immer realistische Rüstungskontrollabkommen über nukleare und konventionelle Streitkräfte angestrebt und werde dies auch weiterhin tun. Ich strebe ein Abkommen über strategische Nuklearwaffen an, das das Risiko eines Krieges verringert, den Stand der Rüstungen senkt und die weltweite Sicherheit fördert. Weniger können wir nicht akzeptieren.

Die Sicherheitspolitik Amerikas beruht auf festen Prinzipien. Unsere Führer und unsere Verbündeten haben seit langem begriffen, daß das Ziel unserer Verteidigungsanstrengungen immer darin besteht, vor einem Konflikt abzuschrecken und das Risiko eines konventionellen oder nuklearen Kriets zu verringern.

Zusammen mit unseren Partnern und dem Atlantischen Bündnis ist jeder Präsident in der Zeit nach dem Kriege dieser Strategie gefolgt, und sie hat funktioniert. Sie hat die überwältigende Mehrheit beider Parteien im Kongreß und im Lande selbst gewonnen und den Weltfrieden erhalten.

Gestern wurden wir durch den erfolgreichen Abschluß der jüngsten Mission des COLUMBIA-Raumgleiters, wie ich meine, alle an die großen Dinge erinnert, die die menschliche Rasse leisten kann, wenn sie ihre besten Gedanken und Anstrengungen in den Dienst eines positiven Zieles stellt. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion haben in der friedlichen Erforschung des Weltraums stolze Kapitel geschrieben.

Ich lade daher die Sowjetunion ein, sich uns jetzt anzuschließen, um die Kernwaffen wesentlich zu verringern und einen wichtigen Durchbruch zu einem dauerhaften Frieden auf Erden zu erreichen. Zu meinen Lebzeiten haben vier Kriege stattgefunden. Ich glaube, die Menschen wollen zu einem Stand des zivilisierten Verhaltens zurückkehren, wie wir ihn einst kannten. Vor allem wollen sie Frieden, und auch ich will Frieden.

FRAGE: Die Fachleute sagen, daß uns die Russen bei manchen Kernwaffen weit voraus seien, wir ihnen aber weit voraus etwa bei den POLARIS-Raketen usw. Auch haben wir die Kapazität zum raschen und massiven Vergeltungsschlag gegenüber den Sowjets. Warum streben wir unter diesen Umständen nicht jetzt Friedensverhandlungen an und warum gehen wir nicht jetzt auf Verminderungen zu? Auf diese Weise könnten wir doch die Herstellung dieser Vernichtungswaffen zu einem Halt bringen und Milliarden sparen, um damit den Armen zu helfen?

ANTWORT: Ich weiß, daß es Leute gibt, die versucht haben, das zu errechnen. Richtig hierbei ist, daß unter dem Strich die Sowjetunion wirklich eine klare Überlegenheitsspanne hat - genug für das Risiko dessen, was ich, wie Sie alle wissen, schon mehrmals ein "Fenster der Verwundbarkeit" genannt habe.

Meiner Meinung nach wäre ein Einfrieren nicht nur zum Nachteil, ja, sogar gefährlich für uns angesichts ihrer Position, sondern dies würde alle Verhandlungen über Verminderungen entgegenwirken. Es gäbe für sie dann keinen Anreiz mehr, sich mit uns zu treffen und zu reduzieren.

Lassen Sie mich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, was in Genf vorgeht. Sie haben 300 Raketen mittlerer Reichweite mit 900 Gefechtsköpfen, die alle auf Westeuropa gerichtet sind sowie auch auf Nordafrika und den Nahen Osten. Und niemand sprach von irgendwelchen Verminderungen dieser Waffen, bis uns unsere Verbündeten baten, ihnen zur Abschreckung Waffen mittlerer Reichweite zu verschaffen, die in Ländern Westeuropas disloziert würden. Und nachdem ich im November vergangenen Jahres meinen Vorschlag machte, setzt sich die Sowjetunion hin und spricht mit uns über diese Frage.

Wenn die Sowjets vorne liegen, wir aber zurück - und wir sie auffordern, abzubauen, und sich uns dabei anzuschließen, zu einem niedrigeren Niveau zu kommen, dann gibt es für sie nicht viel Anreiz dazu.

FRAGE: Sagen

FRAGE: Sagen Sie, daß wir hier und heute gegenüber einem Nuklearangriff verwundbar seien, den wir nicht vergelten könnten?

ANTWORT: Eine Vergeltung wäre aufgrund unserer Triade möglich, aber der große Vorteil der Sowjets besteht darin, daß sie unseren Vergeltungsschlag absorbieren und uns erneut treffen könnten.

FRAGE: Glauben Sie, daß ein Atomkrieg überhaupt gewinnbar wäre, daß man ihn überleben könnte? Und unter welchen Bedingungen?

ANTWORT: Ich kann nur sagen, daß ich nicht glaube, es könnte irgendwelche Gewinner geben. Jeder wäre ein Verlierer, wenn es einen Atomkrieg gäbe.

FRAGE: Leonid Breschnew hat angedeutet, er würde irgendwelche Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, falls die Vereinigten Staaten mit den PERSHING II-Raketen und den landgestützten Marschflugkörpern weitermachen. Interpretieren Sie das als eine Drohung und falls ja: Wie wollen Sie ihm gegenüber reagieren?

ANTWORT: Wir betrachten all diese Erklärungen genau und analysieren sie, um herauszufinden, was sie bedeuten könnten. Offen gesagt, ich selbst neige zu der Überzeugung, daß dies nur Teil des stattfindenden Dialogs und Teil einer Art Propagandakampagne ist, die darauf abzielt, sie wie Friedensstifter erscheinen zu lassen und uns als Kriegstreiber. Aber das steht doch völlig im Gegensatz zu den Tatsachen.

FRAGE: Aber er gibt zu verstehen, daß er womöglich Kernwaffen in dieser Hemisphäre installieren könnte. Wenn das der Fall wäre, wie würden Sie reagieren?

ANTWORT: Der einzige Ort, an dem sie auf dieser Hemisphäre installiert werden könnten, ist Kuba, das ihr Satellit ist - obgleich sie auch daran arbeiten, daß es Nicaragua sein könnte, und dies auch erwägen.

Aber das

Aber das wäre eine totale Verletzung des Abkommens von 1962 aus der Zeit der Raketenkrise - obgleich es schon anderes gegeben hat, was wir als Verletzung betrachten.

Und dann stehen uns noch andere Optionen offen, die ich lieber nicht diskutieren möchte, weil ich, wie Sie wissen, über Dinge nicht sprechen möchte, die wir tun oder nicht tun könnten.

FRAGE: Auf Ihrer ersten Pressekonferenz sagten Sie von der Sowjetunion, sie habe über die Jahre hinweg eine Handlungsweise - ich glaube, Sie verwendeten den Ausdruck "des Lügens und des Betrügens" - gezeigt. Heute rufen Sie nach einer Rückkehr zu einem zivilisierten Verhalten und zu weiteren Verhandlungen über Kernwaffen. Haben Sie sich in den bisherigen 15 Monaten Ihrer Amtsführung eine andere Meinung über die Sowjetunion gebildet, als Sie sie bei Amtsantritt hatten? Sind die Sowjets konzilianter, als Sie von ihnen glaubten?

ANTWORT: Nein, ich glaube, sie haben ihre Gewohnheiten nicht geändert. Ich glaube jedoch, sie sind in einer wirtschaftlich verzweifelteren Lage, als ich angenommen hatte. Ihre große militärische Aufrüstung hat sie auf Kosten der Verweigerung von Verbrauchsgütern - einschließlich der Nahrungsmittel für ihre Bevölkerung - in eine bedrängte Lage gebracht. Und aus diesem Grund auch schlagen wir unseren Verbündeten eine Einstellung der Kredite mit Blick auf die Lage in Polen und in Afghanistan vor.

FRAGE: Um noch einmal auf Ihre Eröffnungserklärung zurückzukommen: Wie bald werden Ihrer Meinung nach Verhandlungen über strategische Waffen beginnen? Werden sie auch ein Gipfeltreffen mit Herrn Breschnew einschließen?

ANTWORT: Wir glauben, daß wir möglicherweise diesen Sommer bereit sind, was unser eigenes Team angeht. Vorbereitungen hierzu brauchen eine Menge Zeit. Man geht nicht einfach los, setzt sich an den Tisch und sagt: "Sprechen wir über Kernwaffen". Und ferner ist auch eine eigene Überprüfung nötig. Hieran arbeitet eine gute Gruppe von Fachleuten. Und dann wird natürlich ein Datum

ein Datum auch etwas von der gesamten internationalen Lage abhängen. Es könnte Dinge geben, die es etwas unpassend machen würden, ein solches Treffen vorzuschlagen. Aber ich hoffe, daß es möglich ist, es in diesem Sommer zu tun.

FRAGE: Was halten Sie von der jüngsten Situation in Polen, insbesondere im Hinblick auf Ihre Erklärung von vor einigen Wochen, daß Sie nötigenfalls weitere Sanktionen verhängen würden?

ANTWORT: Wir beobachten die Situation. Gemeinsam mit unseren Verbündeten haben wir eine Reihe von Sanktionen ergriffen. Wir arbeiten jetzt mit ihnen zusammen hinsichtlich der Einstellung von Krediten für solche Länder und für die Sowjetunion, die - wie wir ja wissen - hinter dem gesamten polnischen Problem steht. Gleichzeitig tun wir alles in unseren Kräften stehende, um dem polnischen Volk zu helfen, ohne daß dies den Anschein hat, daß dessen Regierung diese Hilfe gewährt - Getreide und Mais im Werte von rund 55 Millionen Dollar, das von uns zur Verfügung gestellt wird. Es gibt andere Dinge, die sie über die katholischen Wohlfahrtseinrichtungen zu tun versuchen, und wir beobachten dies. Ich meine, es ist notwendig, daß sie verstehen, daß es neben der Peitsche auch Zuckerbrot geben könnte, wenn die Dinge in Ordnung sind und die richtige Richtung eingeschlagen wird.

FRAGE: Die rechten Parteien in El Salvador zusammengenommen scheinen die dortigen Wahlen gewonnen zu haben. Werden wir irgendeine Regierung unterstützen, die die dort in Gang befindlichen Reformen aufgibt, und würden wir insbesondere eine Regierung unter Major D'Aubisson unterstützen?

ANTWORT: Lassen Sie mich nur sagen, daß wir dies sehr sorgfältig beobachten. Ich glaube, es würde uns große Schwierigkeiten bereiten, wenn jetzt eine Regierung aufträte, die sich von den bereits eingeführten Reformen völlig abwenden würde. Aber im Augenblick sollten wir - bevor wir Schwierigkeiten herbeireden oder darauf warten - uns alle ein wenig ermutigt fühlen durch das, was dort bei dieser Wahl geschah. Die Senatorin Kassebaum und die

und die Kongreßmitglieder, die mit ihr diese Wahlbeobachtung vornahmen, haben mir heute vormittag einige Dinge berichtet, die uns eigentlich etwas beschämen sollten, wieviel wir nämlich hinsichtlich der Stimmabgabe und des Wahlrechtes für selbstverständlich erachten. Sie wußten von einer Frau zu berichten, die sich zur Stimmabgabe angestellt hatte, als ein Querschläger sie traf - eine Kugel, die abgeprallt war. Sie weigerte sich, die Schlange zu verlassen und ihre Wunde behandeln zu lassen, bis sie ihre Stimme abgegeben hatte.

Sie berichteten auch von einer anderen Frau, die von der Guerilla mit dem Tode bedroht worden war, dann abstimmte und den Leuten sagte: "Ihr könnt mich töten, ihr könnt meine Familie töten, aber ihr könnt uns nicht alle töten." Die Menschen dort gingen trotz all dieser Dinge in größerer Zahl zur Stimmabgabe als bei uns. Man berichtete mir auch, daß die Menschen dort, die sich zur Wahl angestellt hatten, wann immer sie die Wahlbeobachtergruppe sahen, ihre Dankbarkeit gegenüber den Vereinigten Staaten für unsere Hilfe zum Ausdruck brachten. Ich wünschte, mehr Amerikaner hätten dies gesehen.

Sie haben wirklich gezeigt, daß dort ein echter Wunsch nach Demokratie besteht, und ich bin daher eigentlich optimistisch hinsichtlich dessen, was geschehen wird, und ich möchte eine spezifische Antwort auf Ihre Frage vermeiden.

FRAGE: Glauben Sie, daß die kürzlichen Zusammenstöße zwischen dem israelischen Militär und den Palästinensern im Westjordanland den Fortschritt zur palästinensischen Autonomie zerstören werden?

ANTWORT: Ich hoffe, daß das nicht der Fall sein wird, denn ich habe die Zusage meines Freundes Menachen Begin und von Präsident Mubarak, daß sie weiter voranschreiten werden, und zwar im Rahmen des Camp-David-Abkommens, um all diese anderen Probleme zu lösen.

Ich hoffe, daß wir in diesen Gesprächen nach dem 25. April weitere Fortschritte erleben werden, wenn die Übergabe im Sinai stattgefunden hat.

Die Israelis

Die Israelis behaupten, daß einige der Bürgermeister, die sie abgesetzt haben, Bürgermeister seien, die sie selbst eingesetzt hätten, die sich aber jetzt dem radikaleren Flügel der PLO angeschlossen hätten.

Aber das Abkommen von Camp David bewegt sich im Rahmen der Resolutionen der Vereinten Nationen Nr. 242 und 338. Und sie haben mir zugesagt, sich an diese zu halten.

+ + + + +

13

31. März 1982

DAS NEUE VERHÄLTNIS ZWISCHEN ARBEITGEBERN UND ARBEITNEHMERN

IN DEN USA

Von A. H. Raskin

(c) 1982 The Miami Herald

A.H. Raskin war viele Jahre lang Korrespondent der New York Times für Gewerkschaftsfragen und ist derzeit Stellvertretender Direktor des National News Councils.

(AD) - Seit dem Zweiten Weltkrieg trugen die Tarifverhandlungen in der amerikanischen Industrie, die die Löhne und Sozialleistungen dieses Landes zum Gegenstand des Neides der Arbeiter in aller Welt machten, den Stempel "Made in Detroit". Jetzt aber unternimmt die Automobilgewerkschaft United Automobile Workers (UAW), deren Streiks gegen die "Großen Drei" der Automobilindustrie die Erwartungen der Arbeitnehmer immer höher geschraubt hatten, als erste die unglückliche Aufgabe, die meisten ihrer 1,2 Millionen Mitglieder davon zu überzeugen, daß sie einige ihrer harterkämpften Vorteile auf-

Vorteile aufgeben müssen, um ihre Arbeitsplätze und Unternehmen am Leben zu erhalten.

Auch in anderen Schlüsselindustrien, auf denen der dreifache Fluch der Rezession, der hohen Zinsen und der ungestümen Auslandskonkurrenz lastet, sehen sich Gewerkschaften, die ihr Prestige und ihre Macht aus der Fähigkeit herleiteten, ihren Mitgliedern mit jeder Verhandlungsrunde "mehr und Besseres" zu bringen, gezwungen, sich der Notwendigkeit anzupassen, mit weniger zufrieden zu sein. Eine halbe Million Lastwagenfahrer, Arbeiter der Verpackungsindustrie, der Reifenbranche sowie Angestellte von Luftfahrtgesellschaften, Stahlherstellern und Supermärkten haben sich den Arbeitnehmern in anderen bedrängten Industriezweigen angeschlossen und Lohneinbußen geschluckt, um zur Arbeitsplatzsicherung beizutragen.

Diese Abkehr der Gewerkschaften von der alten Tradition der Gegnerschaft findet ihr Gegenstück seitens der Vorstandsetagen vieler großer Gesellschaften in der Erkenntnis, daß man von den Arbeitern nicht erwarten kann, alle Opfer allein zu bringen. Auf allen Ebenen, bis hinauf zum Präsidenten und Vorsitzenden des Aufsichtsrates, muß die Bereitschaft bestehen, Einbußen bei Gehalt und Sondervergütungen hinzunehmen, wie dies auch bei den anderen Schichten der Belegschaft erwartet wird. Aber die Zugeständnisse der Geschäftsführung machen hier nicht halt. In einer Gesellschaft nach der anderen lockern sich die Hierarchien, durch die das Management eines Betriebes seine Souveränität erhielt, in einer Weise, die den Arbeitern ein stärkeres Gefühl davon geben soll, ein gleichberechtigter Partner bei Überleben und Erfolg des Unternehmens zu sein.

Teil dieser Bewegung in Richtung auf kooperativere Beziehungen sind Garantien, die die Gewerkschaften hinsichtlich der Schließung von Zweigbetrieben, des Zugangs zu vertraulichen Daten der Firmen über Kosten und Wettbewerb, hinsichtlich konsultativer Rechte über Kapitalaufwand und andere Investitionspläne sowie stärkerer Beteiligung der Arbeitnehmer bei den Entscheidungen über Produktions- und Betriebsprobleme erhalten. Fonds zur Gewinnbeteiligung und für Aktienbesitz in Arbeitnehmerhand werden als zusätzliche Maß-

zusätzliche Maßnahmen geschaffen, um die Arbeitnehmer davon zu überzeugen, daß auch ihre Beteiligung am Überlebenskampf der Firma nicht umsonst ist.

In Clark im Bundesstaat New Jersey hatte eine Ankündigung von General Motors (GM), die dortige Kugellagerfabrik zu schließen, den Entschluß der örtlichen UAW-Mitglieder zur Folge, das Zweigwerk zu kaufen und die Arbeitskosten so drastisch zu senken, daß GM ihnen genug Aufträge versprechen konnte, um die Anlage für mindestens drei weitere Jahre in Betrieb zu lassen. Das neue Abkommen bei Ford, bestimmte Lohnerhöhungen einzufrieren und andere zu verschieben, stellte den Beginn in Richtung auf "lebenslange Beschäftigung" nach japanischem Modell dar und sieht die Teilnahme der Belegschaft an "Foren des gegenseitigen Wachstums" vor, die alle drei Monate auf Betriebsebene stattfinden sollen.

Sogar das am sorgfältigsten abgeschirmte Sanktuarium einer Gesellschaft, das Vorstandszimmer, öffnet sich - auch wenn wenig Aussicht drauf besteht, daß amerikanische Gesellschaften in größerem Umfang das Mitbestimmungssystem übernehmen, das den westeuropäischen Gewerkschaften schon seit vielen Jahren im Aufsichtsrat ein Mandat gibt.

Der erste bemerkenswerte Eintritt eines Gewerkschaftsmitglieds in den Aufsichtsrat erfolgte in diesem Land mit der Wahl von Douglas A. Fraser, dem Präsidenten der UAW, vor zwei Jahren in den Aufsichtsrat von Chrysler als Teil einer Vereinbarung, die die Gesellschaft vor dem Bankrott bewahrte, indem sie sich dadurch die Berechtigung für 1,5 Milliarden Dollar an öffentlichen Darlehensgarantien verschaffte. Bisher ist die Luftfahrtgesellschaft PANAM, die bei ihrem Überleben stark von den Zugeständnissen und der Mithilfe der Gewerkschaften abhängig ist, der einzige andere größere Arbeitgeber, der einen Gewerkschaftschef in seinen Aufsichtsrat geholt hat. Allerdings haben sich Ford und Uniroyal dazu verpflichtet, daß die Führer ihre Gewerkschaften regelmäßig zum gesamten Aufsichtsrat sprechen - und andere Gesellschaften werden sich dem wahrscheinlich anschließen.

Niemand kann

Niemand kann sicher sein, wie dauerhaft und wie umfassend der derzeitige Trend zum Ausgleich sein wird. Viele Skeptiker auf beiden Seiten sehen darin lediglich eine vorübergehende Reaktion auf eine wirtschaftliche Zwangslage, die so bedrohlich ist, daß es sowohl für das Management als auch für die Gewerkschaften selbstmörderisch wäre, derzeit wieder auf die Barrikaden zu steigen.

Gewerkschaftsvertreter erkennen, daß das Mißtrauen der Arbeiter hinsichtlich des guten Willens der Unternehmer tiefverwurzelt ist und neu aufzuflackern beginnt, wann immer sich Zündstoff findet. Ein solches Hindernis war es auch, das ein Ersuchen von Internationale Harvester um Lohnkosteneinsparungen von 100 Millionen Dollar zunichte machte: Trotz der Vorlage eines Berges von Gutachten, die zeigen sollten, daß die Gesellschaft in Schulden erstickt, hatte man es mit der Gewerkschaft verdorben, als Harvester zum Jahresende 6 Millionen Dollar als Sondervergütungen an das Management auszahlte. "Ihre Vorstellung von der Gleichheit der Opfer ist nicht die unsrige", sagt Stephen P. Yokich, Direktor der Agrarabteilung der zuständigen Gewerkschaft.

Ähnliche Vorbehalte hinsichtlich der Aufrichtigkeit des Managements erhöhten auch den Widerstand, den viele Mitglieder des General-Motors-Rates der Automobilgewerkschaft zum Ausdruck brachten, als es um Zugeständnisse gegenüber der Gesellschaft vor dem termingerechten Auslaufen der Abkommen des Jahres 1979 im nächsten September ging. Beiden Seiten zufolge waren es diese Vorbehalte, die hauptsächlich für den Zusammenbruch der ersten Verhandlungsrunde letzten Januar verantwortlich waren. Die Wiederaufnahme der Gespräche nach Fords kostensenkendem Abkommen mit den Gewerkschaften resultierte aus der Besorgnis, die sich unter den Arbeitnehmern wegen der Entscheidung von General Motors breitmachte, acht Zweigwerke zu schließen, wodurch 10 000 weitere Arbeiter auf die Arbeitslosenliste gesetzt worden wären, und die Verlegung von zusätzlicher Produktion in Zweigwerke im Ausland in Erwägung zu ziehen.

Eine weitere Sorge für Gewerkschaftler, die sich Gedanken über die Dauerhaftigkeit eines Arbeitsfriedens machen, der zur geringsten Anzahl von Streiks

von Streiks seit vier Jahrzehnten geführt hat, besteht in dem Risiko, daß sich mancher Gewerkschaftsführer als gewesener Gewerkschaftsführer wiedersehen könnte, weil er den Mut aufgebracht hat, notwendige Zugeständnisse von seiner Gefolgschaft zu fordern, während andere gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, deren Löhne stets im Gleichschritt mit nach oben gingen, die Erhöhungen weiterhin nach Hause tragen, als sei nichts geschehen. Die meisten Verträge in diesem Jahr fordern Lohnerhöhungen zwischen acht und zehn Prozent, und der bei den Gewerkschaften normale Druck des "Ich auch" macht es jenen Demagogen leicht, die solche Gewerkschaftsführer, welche bei den Lohnforderungen nachhinken, der Kumpanei mit den Unternehmern bezichtigen.

Auch die Managementkreise halten angesichts der wechselseitigen Konzessionen mit ihrer Kritik nicht hinter dem Berg zurück. Ihrer Meinung nach geben die Arbeitgeber der kranken Industrien zu viel an Managementautorität ab - mit dem Ergebnis, daß der Wettbewerb für sie härter wird. Die Gefahren, die darin gesehen werden, den Gewerkschaften eine Stimme in der Politik der Gesellschaft im Hinblick auf Preise, Dividenden, Investitionen, Vergütungen für die Geschäftsführung und Auftragsvergabe zuzugestehen, werden von Professor Herbert R. Northrup, dem Direktor des Industrial Relations Center der Universität von Pennsylvania, so umschrieben: "Eine Gewerkschaft neigt dazu, ihre Entscheidungen aus intern politischen Gründen zu treffen, während die Probleme, vor denen die Gesellschaften stehen, eine wirtschaftliche Lösung erfordern. Aus diesem Prozeß kann sich verstärkte Gewerkschaftsmacht entwickeln - gerade zu einer Zeit, da die Gewerkschaften schwach sind."

Im Gegensatz hierzu sieht Wayne Horvitz, der ehemalige Vorsitzende des Bundesvermittlungsausschusses, die Gefahr aus anderer Richtung. "Viele im Management sehen in dieser Periode eine Gelegenheit, auf die Gewerkschaften loszugehen und auf sie einzuschlagen. Aber in einer Situation, in der die Gewerkschaften einen bedeutsamen Beitrag zur Rettung der Industrie leisten können, sind strukturelle Veränderungen zur Förderung der gemeinsamen Stabilität für beide Seiten wichtig. Derzeit sind die Gewerkschaften recht verletztlich, aber die Unternehmen würden sich selbst in Schwierigkeiten bringen, wenn es zu weit gingen."

Wenn es auch

Wenn es auch unmöglich ist, vorherzusagen, ob die neuen Vereinbarungen den gewaltigen Herausforderungen gerecht werden, mit denen die belagerten Industrien und die Gewerkschaften fertigwerden müssen, so ist doch eines bereits gewiß: Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite wird nie mehr das alte sein. In den undurchdringlichen Wällen, die einst die Hoheitsrechte von Management und Gewerkschaft in den entscheidenden Sektoren der Wirtschaft voneinander trennten, zeigen sich Risse, die nicht wieder zu schließen sind.

+ + + + +

13

31. März 1982

USA HOFFEN AUF REFORMKURS IN EL SALVADOR NACH STARKER WAHLBETEILIGUNG

- Von unserem diplomatischen Korrespondenten -

WASHINGTON - (AD) - Die amerikanische Regierung hofft, daß die Wahlen in El Salvador, an der trotz des Terrors der linken Guerilla über eine Million Wahlberechtigte teilgenommen haben dürften, zu einem Reformkurs führen werden. Sowohl die Administration als auch der Kongreß haben die Tatsache, daß trotz des Terrors im Lande ein so großer Anteil der Bevölkerung sein Interesse an einem demokratischen Prozeß gezeigt hat, als ein positives Zeichen gewertet.

Zu den Wahlen wurden zahlreiche internationale Beobachter entsandt, die sich alle von der Wahlbeteiligung beeindruckt zeigten. Die fünf inoffiziellen Beobachter aus der Bundesrepublik Deutschland - darunter Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU und Abgeordnete des Europaparlaments - waren sich mit anderen Beobachtern darin einig, daß die Wahl eine Ablehnung der Gewalttätigkeit der Guerilla durch die Bevölkerung darstelle. Bereits eine Wahlbeteiligung von 600 000 hätte als Erfolg bezeichnet werden können, während sie in Wirklichkeit trotz der pausenlosen Propaganda der Rundfunksender der Rebellen und der blutigen Überfälle über eine Million erreicht haben dürfte.

Der /amerikanische

Der amerikanische Botschafter in San Salvador, Dean R. Hinton, gab am Tag nach der Wahl ein Mittagessen für die Mitglieder der amerikanischen Beobachterdelegation und die Führer der sechs politischen Parteien, die Kandidaten für die Wahl gestellt haben.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums wies darauf hin, daß die Haltung der Vereinigten Staaten durch die Einstellung der aus den Wahlen hervorgehenden salvadorianischen Regierung "zu den Grundprinzipien der demokratischen Entwicklung und der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit" bestimmt sein werde. Die Vereinigten Staaten seien immer für diese Werte eingetreten, so sagte der Sprecher, "und wir betrachten es als wesentlich, daß jede Regierung, die jetzt gebildet wird, sich diesen gleichen Prinzipien der Landreform, der Schaffung demokratischer Institutionen, der Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts und der Beseitigung der Menschenrechtsverletzungen durch die Linke und Rechte verpflichtet".

Der Sprecher teilte ferner mit, daß es noch unmöglich sei, die genaue Verteilung der 60 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung vorausszusagen. Man rechne mit der Wahl eines Interimspräsidenten und späteren Präsidentschaftswahlen. Die Einbeziehung der Linken in den Wahlprozeß, so betonte der Sprecher des State Department, sei Sache der politischen Parteien in El Salvador und nicht der Vereinigten Staaten. Die Reagan-Administration sei allerdings gegen Verhandlungen zwischen der Guerilla und der Regierung über eine Teilung der Macht. "Wenn die Guerilla jedoch ihre Waffen niederlegen und in Gespräche und einen Dialog mit den politischen Parteien in El Salvador im Rahmen des Wahlprozesses eintreten will, dann würden wir das begrüßen", so sagte der Sprecher.

Auch im amerikanischen Kongreß werden die Wahlen in El Salvador als ein wichtiges Ereignis betrachtet. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, Senator Charles Percy, erklärte, die Wahl sei aus zwei Gründen bedeutsam. Einmal hätten Hunderttausende eine Wahl zwischen konkurrierenden Parteien getroffen und Einfluß auf die künftige Regierung genommen, und zweitens hätte die Linke ganz offenbar gefürchtet, nicht genug

nicht genug Stimmen für einen Wahlsieg zu erhalten. Er hoffe, daß die an der Wahl beteiligten Parteien jetzt so viel Selbstvertrauen hätten, "um eine friedliche Lösung des Konflikts anzustreben.

Der amerikanische Senator Christopher Dodd sprach sich erneut für eine Lösung des Problems auf dem Verhandlungswege aus, um den Erfolg des Wahlprozesses nicht zu gefährden. "Es ist jetzt an der Zeit," so sagte er, "daß die Vereinigten Staaten unmißverständlich klarmachen, daß sie für einen Waffenstillstand und eine Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungswege eintreten."

Der Fraktionsführer der demokratischen Minderheit im amerikanischen Repräsentantenhaus, Robert Michel, meinte, niemand könne sagen, was als nächstes geschehen werde, aber die hohe Wahlbeteiligung trotz der dunklen Schatten des Krieges sei "ein großer Moment in der Geschichte". Michel wandte sich gegen den Vorwurf, die Vereinigten Staaten seien scheinheilig, weil sie zwar gegen die Menschenrechtsverletzungen in Polen einträten, aber die Regierung Duarte in El Salvador unterstützten. "Wenn die gegenwärtige polnische Regierung solche Wahlen abhält, wie wir sie in El Salvador gesehen haben, dann wird sie morgen meine Unterstützung finden", so sagte er.

In allen Erklärungen im amerikanischen Kongreß wird die Guerilla aufgefordert, die Waffen niederzulegen und sich an einer friedlichen Lösung des Konflikts zu beteiligen.

Die amerikanische Zeitung "Washington Post" schreibt in einem Leitartikel am 30. März 1982 zu der Wahl in El Salvador, daß man sich nicht zu wundern brauche, daß die Guerilla und die politische Opposition die Wahlen zu diskreditieren suchten. "Sie scheinen gespürt zu haben, daß das Volk den Weg zu gehen wünscht, der ihr von der Regierung geboten wird, um seine aufgestaute Sehnsucht zum Ausdruck zu bringen, mit dem Krieg Schluß zu machen und das Land wieder aufzubauen... Diese Sehnsucht ist am Sonntag explosionsartig zum Ausdruck gekommen." Amerika muß jetzt helfen, daß El Salvador selbst seinen Weg in die Zukunft findet, so schreibt das Blatt.

13

31. März 1982

USA STREBEN VERBOT CHEMISCHER WAFFEN AN

GENF - (AD) - Ein vollständiges und verifizierbares Verbot aller chemischen Waffen ist das Ziel der Vereinigten Staaten, und sie werden auf der Genfer Abrüstungskonferenz (Konferenz des Abrüstungsausschusses der Vereinten Nationen) alles in ihren Kräften stehende tun, um ein solches Verbot zu erreichen. Dies versicherte der Leiter der amerikanischen Delegation auf dieser Konferenz, Botschafter Louis G. Fields, am 25. März 1982.

Vor den Delegierten aus 40 Ländern, die dem Ausschuß angehören, erklärte Botschafter Fields wörtlich:

"Die Vereinigten Staaten betrachten das wirksame Verbot chemischer Waffen als ein Mittel zur Erhöhung ihrer eigenen Sicherheit, der Sicherheit unserer Freunde und Verbündeten wie auch der Sicherheit der neutralen, blockfreien Staaten. Wir wollen eine echte Bedrohung beseitigen, indem wir echte Waffen aus den bestehenden Arsenalen potentieller Gegner entfernen."

Fields führte aus, daß zwar schon beträchtliche nützliche Arbeit bezüglich eines Verbots der Entwicklung, Produktion und Lagerung von chemischen

von chemischen Waffen geleistet worden sei, daß der Ausschuß jedoch die Fragen der Verifizierung und Einhaltung einer Konvention über das Verbot chemischer Waffen noch nicht in den Griff bekommen habe. "Es liegt auf der Hand", so sagte Botschafter Fields, "daß der Mangel an Übereinstimmung auf dem Gebiet der Verifizierung und Einhaltung das Haupthindernis für einen erfolgreichen Abschluß der Arbeit des Ausschusses darstellt."

Die wiederholte Weigerung der Sowjetunion, an der Klärung offener Fragen bezüglich des Einsatzes chemischer und biologischer Waffen in Afghanistan, Laos und Kampuchea mitzuwirken, werfe einen tiefen Schatten auf die kollektiven Anstrengungen, zu einer Abrüstung auf dem Gebiet chemischer Waffen zu gelangen. Im übrigen hätten die Vereinigten Staaten guten Grund zu der Annahme, daß die Sowjets die Konvention über das Verbot biologischer und toxischer Waffen nicht einhielten, so betonte Fields. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das ungeklärte Auftreten von Anthrax in der Sowjetunion im Jahre 1979 und auf Proben von tödlichen Toxinen in Laos und Kampuchea.

Botschafter Fields hob die Notwendigkeit für "verbesserte internationale Verifizierungsverfahren und -mechanismen" hervor. Zu diesen Maßnahmen müßten auch Inspektionen an Ort und Stelle gehören.

Vor der Presse wies Fields darauf hin, daß die Öffentlichkeit immer stärker von den wachsenden Beweisen beeindruckt werde, daß chemische und toxische Kampfstoffe illegal eingesetzt werden. Gerade gegen die Sowjetunion lägen "zwingende Beweise" auf diesem Gebiet vor, und dies müsse man bei Verhandlungen über ein Rüstungskontrollabkommen in Rechnung stellen. "Wenn die Menschen kein Vertrauen in Rüstungskontrollabkommen haben können", so sagte der Botschafter, "dann sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind."

Auf eine entsprechende Frage erklärte Fields, die Wiederaufnahme bilateraler Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über chemische Waffen hänge von der Sowjetunion ab. "Wenn die Sowjetunion

die Sowjetunion bereit ist, sich mit uns zusammzusetzen und ernsthaft über ein verifizierbares und völliges Verbot der Anwendung chemischer Waffen zu sprechen, und bereit ist, die Verpflichtungen einzuhalten, die sie bereits in der Genfer Konvention von 1925 und in der Konvention über biologische und toxische Waffen von 1972 eingegangen ist, dann sind wir bereit, uns mit den Sowjets zusammzusetzen und auf dieser Basis mit ihnen zu verhandeln."

Fields wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Vereinigten Staaten gezwungen seien, ihr Abschreckungspotential an chemischen Waffen zu modernisieren, solange kein Vertrag über das Verbot chemischer Waffen zustandegekommen sei. Derzeit verfüge die Sowjetunion über Vorteile auf diesem Gebiet. Das Ziel des amerikanischen Programms sei, "den sichersten, kleinsten Stand an chemischer Munition aufrechtzuerhalten, der eine wirksame Abschreckung vor einem chemischen Angriff durch einen Aggressor darstellt."

Den Vereinigten Staaten sei ein ausreichend verifizierbarer Vertrag lieber, und wenn ein solcher Vertrag erreicht werden könnte, dann würden die USA sogar das Programm mit binären chemischen Waffen einstellen.

+ + + + +